

Dringliche Anfrage

Fraktion der FDP

Hannover, den 14.09.2015

Rückgang bei Tierwohlinvestitionen und der Anzahl der Ökobetriebe, Imageschaden für Bauernfamilien - Kommt die Wende in der Agrarpolitik der Landesregierung?

Die nach Meinung vieler Experten immer mehr ausufernden Kontrollen im Agrar- und Ernährungsbereich lösen vor allem bei kleineren Betrieben ein Gefühl der Ohnmacht aus. Der Staat wird hier mittlerweile als „Überwachungsstaat“ wahrgenommen. Besonders kleinere Betriebe fühlten sich hilflos ausgeliefert, weil sie dem unüberschaubaren Berg an bürokratischen Vorschriften gar nicht mehr gerecht werden könnten. Die Landesregierung hat mit den anlasslosen Kontrollen die Kontrolldichte weiter ausgeweitet und eingeführt, dass der Kontrollierte auch dann Zahlungen leisten muss, wenn es keine Beanstandungen gibt.

Die Zahl der Schweinemäster in Niedersachsen ist im letzten Jahr um 3,4 % zurückgegangen. Vor allem haben viele kleinere Betriebe aufgegeben. Diese leiden in besonderem Maße unter der Bürokratie und den Kontrollen und Überwachungsmaßnahmen des Staates.

Die Anzahl der Ökobetriebe ist in der schwarz-gelben Regierungszeit kontinuierlich um insgesamt 35 % angestiegen. Dieser Trend ist unter der aktuellen rot-grünen Landesregierung gebrochen. In den letzten beiden Jahren ging die Anzahl der Biobetriebe in Niedersachsen um 1,5 % zurück. Die Biofläche, die unter Schwarz-Gelb um 33 % gestiegen ist, ging in den letzten beiden Jahren unter Rot-Grün trotz der Anhebung der Hektarprämie um fast 100 Euro um 4,3 % zurück.

Am 11. März 2015 fand im Agrarausschuss eine Unterrichtung über eine Studie der Tierärztlichen Hochschule Hannover zum Verzicht auf das Schwänzekupieren bei Schweinen statt. Dort sagte der Staatssekretär: „Die Studie hat unter Inkaufnahme von viel Tierleid gezeigt, dass man auf das Schwänzekupieren in konventionellen Betrieben nicht verzichten kann, wenn die Haltungsformen nicht grundlegend verändert werden.“ Für mehr Tierwohl werden also neue bzw. baulich veränderte Ställe gefordert. Die Landesregierung hat jedoch das Agrarinvestitionsförderungsprogramm (AFP) von 40 Millionen Euro auf 10 Millionen Euro gekürzt und die Fördergrenzen verändert. Damit handelt sie im Widerspruch zum Gutachten „Wege zu einer gesellschaftlich akzeptierten Nutztierhaltung“, das im März 2015 vom wissenschaftlichen Beirat für Agrarpolitik beim Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft herausgegeben wurde. In der Folge ist die Zahl der Anträge für das AFP um mehr als 90 % zurückgegangen. Stattdessen wurde vom ML eine Ringelschwanzprämie ins Leben gerufen, von der nun 115 000 Mastschweine profitieren sollen. Da in Niedersachsen jedoch 19 Millionen Schweine im Jahr gemästet werden, betrifft die Prämie gerade 0,6 % der Tiere.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie will die Landesregierung vor dem Hintergrund, dass die nach Ansicht vieler Betroffener „unüberschaubare“ Bürokratie und „ausufernden“ Kontrollen zunehmend viele kleinere Betriebe im Agrar- und Ernährungsgewerbe in die Betriebsaufgabe treiben und der Strukturwandel so zunehmend verstärkt wird, den Niedergang dieser Betriebe, die sie nach eigenen Aussagen besonders fördern will, stoppen und umkehren?
2. Mit welchem Konzept will die Landesregierung den zurückgehenden Investitionen in Ställe mit verbessertem Tierwohl, dem negativen Trend in der Biolandwirtschaft und den überdurchschnittlich vielen Betriebsaufgaben kleinerer landwirtschaftlicher Höfe begegnen?
3. Legt die Landesregierung vor dem Hintergrund, dass sich viele Landwirtschaftsfamilien insbesondere durch Aussagen und Vorwürfe des Landwirtschaftsministers an den Pranger gestellt und

verunglimpft fühlen und Kinder von viehhaltenden Landwirten bereits im Kindergarten und in der Schule von Gleichaltrigen als „Tierquäler“ und „Tiermörder“ beschimpft und gemobbt werden, Wert darauf, das weitgehend zerstörte Vertrauen wiederherzustellen, wenn ja, wie will sie dieses bewerkstelligen?

Christian Grascha
Parlamentarischer Geschäftsführer